Gestern Abend war der „Mediengenuss“ einmal wieder besonders bedrückend. Erst Spiegel online mit „Euro-Retter riskieren Inflation“, dann das Heute Journal und die Tagesthemen. Nahezu durchgehend Nachplappern von Klischees, ohne jeden aufklärenden Effekt und nahezu ohne kritischen Verstand. ARD und ZDF brachten es sogar fertig, den gleichen Anlageexperten einer ziemlich unbekannten Bank zu präsentieren. Immer wieder der Verweis auf die „Märkte“, auf die „Anleger“, auf die „Händler“. Die Börsen- und Wirtschaftsjournalisten tun so, als hätte es nicht mit der Finanzkrise die Offenbarung eines gigantischen Spielcasinos gegeben. Albrecht Müller.

Einige Anmerkungen zur Berichterstattung und zur Einordnung des Geschehens:

1. **Zunächst ein Rat:** Sie können bei diesem Thema auf die ARD und das ZDF, auf Spiegel online z.B. hier und auf die Süddeutsche Zeitung z.B. hier, auf die kommerziellen Sender und die Lektüre der weniger seriösen Blätter getrost verzichten; es sei denn, Sie wollen analysieren, wie wir an der Nase herum geführt werden und welches miserable Niveau Journalismus und Wissenschaft haben.
2. **Die „Märkte“ sind vor allem spekulationsgetrieben.**

   In vielen Medien wird von „Märkten“ gesprochen und geschrieben, so als wäre dies eine Autorität, so als wäre die Entwicklung von Preisen und Kursen auf den Märkten konsequent das Abbild realer wirtschaftlicher Vorgänge. Dabei wird konsequent verdrängt, dass sich sowohl auf den Kapitalmärkten, auf den Aktienmärkten wie auch bei den Märkten für Anleihen und insbesondere Staatsanleihen, Spekulanten tummeln, dass dort auf Kursentwicklungen gewettet wird, dass Profis seit Jahren die großen Ausschläge zum Beispiel auf den Aktienmärkten benutzen, um viel Geld zu verdienen und dass auch die professionellen Teilnehmer am Markt, die Börse, die Banken, die Broker und die Analysten an den Bewegungen sowohl nach oben als auch nach unten verdienen. Sie erhalten Provisionen und andere Gebühren, auch wenn es abwärts geht.

   Die Entwicklung auf den Aktienmärkten haben wir anhand der Entwicklung der DAX-30-Werte schon des Öfteren beschrieben. Siehe hier wie auch zuvor schon, zum Beispiel in einem etwas umfassenderen Artikel vom 5. Januar 2009. Eine Vervierfachung der Kurse und dann wieder der Sturz auf ein Viertel hat mit der realen Entwicklung der Volkswirtschaft wenig zu tun. Die spekulativen Elemente sind in der Kursentwicklung deutlich zu erkennen. Schon diese Erfahrung müsste einem einigermaßen gewissenhaft arbeitenden Journalisten verbieten, mit verklärter Stimme von den „Märkten“ zu sprechen.

   Gleiches gilt übrigens auch für andere Sprachgebräuche: wenn von den „Anlegern“ die

Rede ist, dann schwingt dabei mit, es würde Geld angelegt. Es sind in der Regel Spekulanten. Und dann auch noch solche Mitbürgerinnen und Mitbürger, die meinen, an den Aktienmärkten könne man leicht Geld verdienen. Manchmal haben diese Glück. Oft steigen sie zu spät ein und verpassen den richtigen Zeitpunkt zum Verkauf. Das ist die Geschäftsgrundlage der Profis.

3. **Der Aktienmarkt ist ein Teilmarkt des Kapitalmarktes und kein Abbild der realen Entwicklung – allerdings mit Folgen für die reale Entwicklung**

   Anmerkungen über die Relevanz der Aktienkursentwicklung im Beitrag vom 5. August 2011 über den Wirtschaftsjournalismus konnte man so verstehen, dass die Ausschläge auf den Aktienbörsen volkswirtschaftlich unbedeutend seien. Das war nicht so gemeint und war auch nicht so geschrieben. Es war davon die Rede, dass „gefährliche Signale von den gewaltigen spekulativen Ausschlägen ausgehen können“. So ist es auch heute, wenn auch nicht so scheinbar zwingend, wie Klaus Prömpers im Heute journal andeutete, wenn er meinte, der Kursverlust von über 5 % am 8. August rieche nach einer Rezession.

   Wenn alle daran glauben, dass die sinkenden Aktienkurse den Niedergang der Volkswirtschaft bedeuten, dann hat das Auswirkungen auf das Konsum- und Investitionsverhalten.

   Allerdings muss an dieser Stelle angemerkt werden, dass die eigentlichen Impulse zur Rezession von den Sparmaßnahmen ausgehen, die reihum mit der Berufung auf die so genannte Schuldenkrise erzwungen werden. Diese prozyklische Politik, diese bescheuerte Politik – ich kann das nicht anders sagen – ist viel mehr die Ursache einer sich verschärfenden Rezession als die Abwärtsbewegung an den Börsen.

4. **Die Krise des Finanzcasinos wird konsequent umdefiniert in eine Schuldenkrise. Von Bankenkrise und Bankenrettung ist nicht mehr die Rede. Damit ist der „Staat“ auf der Anklagebank.**

   Es wird in vielen Verlautbarungen der Medien immer wieder von „Schuldenkrise“ geredet und es wird dabei dreierlei völlig verdrängt:

   - Zum ersten die Tatsache, dass die Schwierigkeiten auf den Finanzmärkten mit der Krise von Banken begannen, bei uns mit dem ersten Versuch der Banken und Versicherungen, im Februar 2003 die Hilfe der Politik zur Gründung einer so genannten Bad Bank zu gewinnen, und weiter mit der Krise der IKB, der HRE,

der Dresdner Bank, der Commerzbank und einiger Landesbanken, die sich in die Welt der Spekulanten begeben hatten. Das war eine Bankenkrise und eine Krise der Spekulanten.

- Zum zweiten wird verdrängt, dass die Schulden des Staates bei uns wie auch in den USA und in anderen Ländern ganz wesentlich und in hoher Demission von der Bankenrettung verursacht worden sind. Es ist ein Meisterstück an Manipulation, wenn heute in den vielen Berichten, Kommentaren und Analysen diese Belastung der öffentlichen Hände und der Steuerzahler unter den Teppich gekehrt werden kann. Bei den Tagesthemen durfte der Chef von DBResearch, Mayer, über die „Staatsschuldenkrise“ lamentieren. Selbstverständlich ohne kritische Rückfrage der Journalisten nach der Rolle der Deutschen Bank beim Verlagern der von den Banken gehaltenen faulen Forderungen und Verlusten und Wettschulden auf den Staat.

- Zum dritten wird in der öffentlichen Debatte die Tatsache verdrängt, dass wir neben der Bankenkrise und neben der hohen Schulden der Staaten vor allem eine Beschäftigungskrise haben: hohe Arbeitslosigkeit, Minijobs, Leiharbeit usw. Das betrifft das wirkliche Leben der Menschen und Familien um vieles mehr als die Staatsschulden. Aber das Schicksal und das Wohlergehen der Mehrheit der Menschen spielen in der öffentlichen Debatte keine große Rolle. Daher kann man permanent von Schuldenkrise sprechen und den Staat zu weiteren Sparmaßnahmen und so genannten Reformen auffordern und die missliche Lage der Mehrheit der Menschen verschärfen.

Die Fähigkeit zur Manipulation in diesem Bereich erinnert sehr daran, wie überaus dreist die Finanzindustrie bei der Krise 2007, 2008 und 2009 die Verantwortung auf die öffentlichen Banken abgeschoben hat. Er wurde sogar die IKB zur öffentlichen Bank erklärt, um bei den privaten Banken einen Imageschaden zu vermeiden. Nach meinem Eindruck war das damals PR-gesteuert. Ich schließe ähnliche Vorgänge und Hintergründe jetzt nicht aus.

5. **Die Politik gehört auf die Anklagebank aus ganz anderen Gründen: erstens weil sie mit ihren Sparprogrammen die Rezession verschärft und zweitens weil sie es versäumt hat, die Finanzmärkte zu regulieren und die Vorherrschaft der Spekulanten einschließlich der Ratingagenturen zu brechen.**

   Alleine die Tatsache, dass man noch vor kurzem darüber nachdachte, die Macht der

Ratingagenturen zu beschränken, und jetzt die Herabstufung der USA durch eine Ratingagentur hinnimmt und als wegweisend hochhält. Die eigentliche Reaktion hätte lautes Lachen sein müssen. Die Wirtschaftsjournalisten hätten fragen müssen, wieso die Agentur die USA nicht schon viel früher abgestuft hat. Denn dass die US-Volkwirtschaft im Ausland hoch verschuldet ist und die Leistungsbilanzdefizite diese Schulden permanent mehren, wissen wir schon lange. Und selbst die Entwicklung der Republikanischen Partei zu einer zynischen, kompromisslosen Gang konnte man schon viel früher erkennen.

Man muss auch fragen, wo die kritischen Fragen der Journalisten nach der Reform der internationalen Finanzmärkte bleiben. Sie zitieren den Beauftragten der Bundeskanzlerin für diese Aufgabe, Ottmar Issing, oft als „Experten“, statt nachzufragen und nachzuhaken, was dieser Berater und Lobbyist von Goldman Sachs in seiner Funktion als von Frau Merkel installierter Vorsitzender der Kommission zur Reform der Finanzmärkte geleistet hat.

6. **Klagelieder über die Beschädigung des Stabilitätspakts sind gängig**

   Die Entwicklung wird von einigen Medien genutzt, um über die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank zu lamentieren und den Stabilitätspakt zu beschwören. Bei den Journalisten ist immer noch nicht angekommen, dass dieser Stabilitätspakt die Ursache von Fehlentwicklungen ist, dass damals unter dem Eindruck massiven deutschen und ideologischen Drucks Preisstabilität zum einzigen Ziel erklärt worden ist und das volkswirtschaftliche Ziel der Beschäftigung der Menschen außer acht gelassen wurde. Das ist der eigentliche Geburtsfehler. Und dennoch lamentiert man über die Politik der EZB so, als gäbe es diesen Fehler nicht und als wäre die Welt gerettet, wenn man die Prinzipien des Stabilitätspaktes einhielte.

   Übrigens ist in diesem Kontext immer wieder von großem Interesse zu sehen, wie eng man den Zusammenhang zwischen Geldmenge und Inflation sieht. Das ist offenbar so eingeübt im Denken, das jede rationale Überlegung außen vor bleibt. Es wird immer noch die Weltwirtschaftskrise von 1929 mit der Inflation am Anfang der zwanziger Jahre vermischt. Und es wird nicht einmal im Ansatz überlegt, wie die Preise steigen sollen, wenn die Nachfrage am Boden liegt. Das Bild „große Geldmenge gleich große Inflation“ ist unausrottbar eingepflanzt.

7. **Die miserable Qualität des Wirtschaftsjournalismus ist ein Spiegelbild der miserablen Qualitäten der Wissenschaft**

> Nach Lektüre des Artikels über die mangelnde Qualität des Wirtschaftsjournalismus schrieb mir ein den NachDenkSeiten verbundener Ökonom:
>
> > Was erwartest du von Journalisten, wenn Oekonomieprofessoren einen solchen Stuss verzapfen.
>
> Er hat sehr recht. Immer wieder können sich die Medien auf einschlägige Wissenschaftler berufen und sie tun das eifrig …

Anhang:

Eine Ergänzung zu den Aktienmärkten und zum Anteil an Anlegern

Ich zitiere hier einfach die Mail eines Lesers der NachDenkSeiten, der den Beitrag vom 5. August ergänzt:

> “Ein kleiner Hinweis fehlte m.E. noch. Laut dem Deutschen Aktieninstitut (DAI) haben 2010 ca. 8,2 Millionen Bundesbürger Aktien gehalten oder waren in Aktienfonds involviert. Laut DAI entspricht das 12,6% der Bevölkerung. Dabei muss beachtet werden, dass das DAI sogar einen Rückgang der Zahl der Aktionäre beklagt (im Vergleich zum Vorjahr 2009 ca. eine halbe Million).
>
> Erstens: Wen wundert das? Wer möchte denn angesichts der Krisenverhältnisse so risikofreudig sein und in Aktien investieren?
>
> Zweitens: Wer kann sich das überhaupt leisten? Ich erinnere an die auch von Ihnen genannten eher verhaltenen Lohnsteigerungen bzw. Reallohneinbußen.
>
> Drittens: Wenn jetzt wieder Panik wegen der Börse gemacht wird, sollte mensch sich die vom DAI genannte Zahl von 12,6% der Bevölkerung vor Augen führen. Anders, als es in den Medien dargestellt wird, würde es sich nicht um “unsere” Krise handeln. Wenn Verluste an der Börse “realisiert” werden, dann sind es die Verluste von 12,6% der Bevölkerung. Wer dadurch in existenzielle Not gerät, der oder dem sollte der Sozialstaat natürlich helfen. Aber das ist etwas völlig Anderes, als 12,6% der Bevölkerung das Vermögen zu “retten”, das dieser Bevölkerungsteil offenbar selbst verzockt.

Anmerkung: Ich teile die Kernaussage des DAI nicht. Und es ist klar, worauf das DAI mit seinen Zahlen abzielt; nämlich auf die Erhöhung der Zahl an Aktionären. Ich weiß auch, dass die Nachdenkseiten immer mal ähnliche Zahlen publizierten. Aber ich denke auch, dass die Zahlen vom DAI in dem Zusammenhang ruhig auch genannt sein können, weil sich aus ihnen auch etwas Anderes herauslesen lässt.”